

06.01.2023

Herausgeber: DPoIG-Bundesleitung

Friedrichstraße 169  
10117 Berlin  
Telefon (030) 4081 65 50  
Telefax (030) 4081 65 59

[dpolg@dbb.de](mailto:dpolg@dbb.de)  
[www.dpolg.de](http://www.dpolg.de)  
V.i.S.d.P.: Rainer Wendt

## **Konsequenzen aus den Silvesterausschreitungen DPoIG: Alte Politikmuster überwinden – Langfristige Strategie entwickeln**

Nach den massiven Ausschreitungen in der Silvesternacht, bei denen gezielt Polizei und Feuerwehr angegriffen wurden, fordert die Deutsche Polizeigewerkschaft die Ausarbeitung einer klaren Strategie und konsequente politische Entscheidungen, um solche gewalttätigen Angriffe künftig zu verhindern. „Das bisherige Politikmuster von schneller Empörung, Warnung vor Schnellschüssen und anschließender Rückkehr zur Tagesordnung muss überwunden werden, wenn wir nicht wollen, dass die Geschehnisse von politischen Extremisten instrumentalisiert und so für ihre Zwecke genutzt werden,“ so **DPoIG Bundesvorsitzender Rainer Wendt**.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft fordert konkret:

- **Politische Rückendeckung für Polizei und Einsatzkräfte.** Wer als politisch Verantwortlicher die Polizei immer wieder selbst unter Generalverdacht stellt, sie sowohl mit Polizeibeauftragten, Rassismusstudien als auch mit Leitfäden für den Sprachgebrauch einschränkt, sollte sich nicht wundern, wenn manche dies als *Einladung* verstehen, die Polizei anzugreifen. Dies gilt vor allem für Menschen, die ohnehin aus unterschiedlichsten Gründen die Polizei und den Staat als ihr Feindbild betrachten, sie dürfen nicht noch permanent bestätigt werden.
- **Mehr Befugnisse für die Polizei.** Das Misstrauen weiter Teile der Berliner Politik gegenüber den eigenen Beschäftigten führt dazu, dass die Modernisierung der Befugnisse der Polizei zwar seit Jahren diskutiert werden, aber tatsächlich unterbleiben. Deutschland verfügt über modernste Videotechnologie, um Beweissicherung auf hohem Niveau zu sichern und für Strafverfahren nutzbar zu machen, dazu zählt auch Drohnentechnik, die weitgehend ohne Gefährdung von Einsatzkräften zum Einsatz kommen kann. Jetzt müssen die Schaffung entsprechender Rechtsgrundlagen und Beschaffung erfolgen. Die Möglichkeiten anderer Länder, mit Hilfe von Unterbindungsgewahrsam die Begehung von Straftaten abzuwenden, muss auch in der Hauptstadt möglich sein.

- **Bereitschaftspolizei stärken.** Beweissichere Festnahmen sind der Schlüssel für erfolgreiche Strafverfolgung, sie erfordern ausgesprochen professionelles Handeln der Einsatzkräfte. Die Bereitschaftspolizei in Deutschland zeigt in unzähligen Einsätzen, dass sie dies auch in komplexen Lagen rechtsstaatlich sicher und taktisch effektiv beherrscht. Deshalb muss die Bereitschaftspolizei konsequent weiter verstärkt und ihre Festnahmeeinheiten mit modernster Technik ausgestattet sein, um beweissichere Festnahmen mehr als bisher zu ermöglichen. Die Bundesinnenministerin fordert, überführte Täter hart zu bestrafen. Sie hat Recht, aber das reicht nicht. Konsequenterweise muss auch sie jetzt alle Anstrengungen unternehmen, die Bereitschaftspolizei der Bundespolizei in ihrem Zuständigkeitsbereich zu verstärken.
- **Strafen müssen auf dem Fuß folgen.** Der Ansatz der ehemaligen Berliner Jugendrichterin Kirsten Heisig - bereits vor 15 Jahren formuliert - dass bei jugendlichen Straf- und Intensivtätern die Strafe unmittelbar erfolgen muss, ist nach wie vor richtig und sollte endlich zur Anwendung kommen. Dazu bedarf es einer besseren Ausstattung der Justiz und intensiver Schulung von Polizeikräften und einer entbürokratisierten Vorgangserfassung und -bearbeitung. Wir erwarten allerdings auch, dass vorhandene Sanktionsmöglichkeiten durch die Gerichtsbarkeit ausgeschöpft werden, wenn Polizei und Staatsanwaltschaft mit hohem Aufwand begangene Straftaten nachgewiesen haben. Zur Sanktionierung strafrechtlichen Verhaltens, insbesondere bei Angriffen auf Einsatzkräfte von Polizei und Feuerwehr, gehört auch die Einleitung aufenthaltsbeendender Massnahmen für Personen, bei denen dies rechtlich möglich ist.
- **Zur Therapie gehören nicht nur Polizei und Justiz, sondern auch Stadtteilmanagement, Sozialarbeit, Jugendämter, Schulen, Vereine, Ausländerbehörden etc. .** Wichtig ist ein gesamtgesellschaftlicher Ansatz, der überall verdeutlicht, welche Regeln des Zusammenlebens gelten. Das Dominanzverhalten junger Männer führt zu Kriminalitätsfurcht und Vermeidungsverhalten anderer Personengruppen, die aus dem öffentlichen Raum verdrängt werden. Wenn sich Frauen beispielsweise nicht mehr trauen, auf öffentlichen Straßen ausgelassen und unbeschwert Silvester zu feiern, aus Furcht davor, Opfer von Straftaten zu werden, ist dies ein massenhafter Verlust von Freiheit, den wir nicht akzeptieren dürfen.

**Wendt:** „Am Ende muss die Politik eine Antwort auf die Frage geben, wie die Auseinandersetzung um die Präsenz und Wirkmacht im öffentlichen Raum künftig geführt werden soll, ob also der Staat und seine legitimierten Amtsträger Recht und Gesetz durchsetzen oder das Recht des Stärkeren gilt, also derjenigen, die bewaffnet und in der Lage sind, Angst und Schrecken zu verbreiten.“